

Antrag

Hannover, den 24.02.2026

Fraktion der CDU

Gleichberechtigung leben und fördern - Aufklärungsarbeit und politische Bildung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Gleichberechtigung von Frauen ist ein zentrales Ziel einer modernen, chancengerechten Gesellschaft und eine wesentliche Grundlage für eine funktionierende Demokratie.¹ Dennoch bestehen weiterhin stereotype Vorstellungen von männlichen und weiblichen Rollenbildern, die Ungleichheiten verfestigen und echte Gleichberechtigung verhindern. Besonders deutlich zeigt sich dies auf dem Arbeitsmarkt sowie bei der nach wie vor unzureichenden Vereinbarkeit von Beruf und Sorgearbeit. Frauen leisten weiterhin einen deutlich größeren Anteil unbezahlter Care-Arbeit, während Männer im Durchschnitt höhere Einkommen erzielen. Diese ungleiche Verteilung von Zeit, Geld und Einfluss führt nicht selten zu wirtschaftlichen Abhängigkeiten und erschwert Frauen den gleichberechtigten Zugang zu beruflichen Chancen und gesellschaftlicher Teilhabe.² Um diesen strukturellen Ungleichheiten entgegenzuwirken, braucht es gezielte Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Vor allem junge Menschen sollten frühzeitig für frauenpolitische Themen sensibilisiert werden, damit geschlechtsspezifische Vorurteile hinterfragt und abgebaut werden können.

Der Landtag ist der Ansicht, dass der Internationale Frauentag am 8. März eine gute Gelegenheit bietet, auf bestehende Herausforderungen in der Gleichstellungspolitik aufmerksam zu machen, Missstände sichtbar zu benennen und einen offenen gesellschaftlichen Dialog zu fördern. Er ist ein Anlass, um Bewusstsein zu schaffen, Perspektiven zu erweitern und Stigmatisierungen entgegenzuwirken.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. den 8. März dauerhaft als landesweiten Aktionstag zur Förderung der Gleichberechtigung zu etablieren und hierzu landesweit geeignete Bildungs-, Informations- und Dialogformate zu initiieren sowie Akteure aus Bildung, Wissenschaft, Kommunen, Zivilgesellschaft und Kultur in angemessener Weise einzubinden,
2. die Landeszentrale für politische Bildung zu beauftragen, flankierende Angebote, Materialien und Veranstaltungsformate im Rahmen des Weltfrauentages zu entwickeln und den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zur Verfügung zu stellen,
3. die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zu bitten, auf freiwilliger Basis rund um den 8. März Aufklärungsarbeit zu leisten, um die Bedeutung von Gleichstellungsthemen von Sorgearbeit bis Berufsleben hervorzuheben,
4. umfassende mediale Kampagnen an dem Tag zu fördern und hierfür ein Social-Media-Paket zur Verfügung zu stellen, um insbesondere die junge Generation zu erreichen und online auf den Weltfrauentag hinzuweisen und
5. Kooperationen mit lokalen Gleichstellungsbeauftragten, Frauenverbänden, Kulturinstitutionen und Gedenkstätten zu fördern, um regionale Perspektiven und Akteurinnen einzubeziehen.

¹ https://demokratie-staerken.lvr.de/de/der_lvr_als_demokratische_institution/gleichstellung_der_geschlechter/gleichstellung_der_geschlechter.html

² https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/wp-content/uploads/2025/10/Care-und-Maennlichkeit-Langfassung_23102025.pdf

Begründung

Der Internationale Frauentag wird in Teilen zunehmend als sogenannter politischer Kampftag instrumentalisiert, der eher ein Gegeneinander als ein Miteinander in der Gesellschaft befördert. Dazu besteht seitens Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Gruppen die Forderung nach der Einführung eines zusätzlichen gesetzlichen Feiertages.

Vor dem Hintergrund dieser Debatten darf die inhaltliche Auseinandersetzung mit den strukturellen Herausforderungen der Gleichstellung nicht in den Hintergrund rücken.

Es ist Aufgabe des Staates, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die echte Chancengleichheit ermöglichen - insbesondere bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei der gerechten Verteilung von Sorgearbeit für Kinder und zu pflegenden Angehörigen sowie bei der wirtschaftlichen Eigenständigkeit von Frauen. Gleichberechtigte Lebensverhältnisse herzustellen und zu sichern ist eine dauerhafte staatliche Aufgabe. Dazu gehört auch, Aufklärungsarbeit zu unterstützen und das Bewusstsein für Gleichstellungsfragen in der Gesellschaft zu stärken. Diese umfassen strukturelle Unterschiede zwischen Frauen und Männern, etwa bei Einkommen, Arbeitszeit, Erwerbsbeteiligung, Sorgearbeit, Karrierechancen, Gesundheit, Rente und Mitbestimmung. Sie zeigen, dass Ungleichheit nicht nur an einem Punkt entsteht, sondern sich über verschiedene Lebensbereiche hinweg gegenseitig verstärkt und langfristige Folgen hat. Ziel der Auseinandersetzung mit Gleichstellungsfragen ist es, diese systematischen Benachteiligungen sichtbar zu machen und politische, gesellschaftliche sowie arbeitsweltliche Lösungen zu entwickeln.

Der Weltfrauentag bietet hierfür einen geeigneten Anlass. Informationsangebote, Veranstaltungen und digitale Kampagnen können dazu beitragen, Gleichstellungsthemen sichtbarer zu machen und besonders die junge Generation zu erreichen. In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung sowie mit lokalen Gleichstellungsbeauftragten, Frauenverbänden, Kulturinstitutionen und Gedenkstätten können Materialien und Formate entwickelt werden, die eine breite gesellschaftliche Beteiligung ermöglichen und regionale Perspektiven einbeziehen. So kann Niedersachsen ein klares Zeichen für eine sachliche und inhaltlich fundierte Gleichstellungspolitik setzen und dazu beitragen, dass Gleichberechtigung im Alltag weiter vorangebracht wird.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin